

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 19

des Abgeordneten Fabio Reinhardt (PIRATEN)

aus der 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. September 2013 und **Antwort**

Auswirkungen von #SchauHin auf die Berliner Politik

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Seit Ende vergangener Woche twittern tausende Menschen unter dem Hashtag #SchauHin über ihre Erfahrungen mit Alltagsrassismus in Deutschland: Nimmt Integrationssenatorin Kolat dies als Impuls, um sich zukünftig intensiver mit diesem Thema in Berlin auseinanderzusetzen?

Zu 1.: Jede öffentliche Auseinandersetzung und Thematisierung von Alltagsrassismus begrüße ich sehr. Ich selbst befasse mich seit Jahren intensiv mit dieser Problematik. Die Bekämpfung jeglicher Form von Rassismus hat aber auch für den Berliner Senat seit Jahren Priorität. Um Alltagsrassismus in unterschiedlichen Facetten adäquat begegnen zu können, hat der Senat verschiedene Strategien und Maßnahmen entwickelt:

Der Berliner Senat hat seine Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus in dem Papier "**Demokratie. Vielfalt. Respekt. Die Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus**" beschrieben. Darin wird dargestellt, dass Berlin den Problemen mit einem mehrdimensionalen Ansatz begegnet. Demnach sollte sich die Prävention nicht ausschließlich auf gesellschaftliche Randerscheinungen beziehen, sondern auf den unterschiedlichen Ebenen und bei unterschiedlichen Instanzen der gesamten Stadtgesellschaft ansetzen. Zur Umsetzung dieses Konzepts unterstützt der Berliner Senat mit seinem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterschiedliche Projekte mit mehr als 2,3 Mio. Euro. Das Landesprogramm enthält mehrere Projektansätze, die sich dezidiert gegen Alltagsrassismus wenden: z.B. Antidiskriminierungsberatung, Mobile Beratung, Opferberatung und das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus“.

Darüber hinaus unternimmt der Berliner Senat viele weitere Initiativen gegen Rassismus, die hier nur kurz wieder gegeben werden können:

Aufbau und Förderung europäischer Netzwerke, um Rassismus auf allen Ebenen zu begegnen:

Berlin ist Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, Fremden-feindlichkeit und Diskriminierung und hat sich damit auf einen Zehn-Punkte Aktionsplan gegen Rassismus verpflichtet. Die Städtekoalition ist ein Netzwerk von Städten gegen Rassismus und hat insbesondere die Aufgabe, den europäischen Austausch in Bezug auf die Entwicklung antirassistischer Maßnahmen zu fördern.

Angebot von Diversity-Trainings mit dem Schwerpunkt Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft und Hautfarbe:

Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) bietet im Rahmen ihrer LADS-Akademie seit einigen Jahren Diversity-Trainings ganz unterschiedlicher Formate zur Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus an. In diesen Trainings für Verwaltungsmitarbeitende und Zivilgesellschaft geht es insbesondere darum, Rassismus und Diskriminierung im Alltag und im eigenen Denken und Handeln wahrzunehmen, um aktiv dagegen vorgehen zu können.

Stärkung der Verwaltungen im Kontakt mit vielfältigen Bürgerinnen und Bürgern:

Die LADS führt seit Mai 2013 gemeinsam mit dem Verein „Eine Welt der Vielfalt Berlin e.V.“ das Projekt „Vielfalt in der Verwaltung“ (ViVe) durch. Das aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds (EIF) eingeworbene Projekt wird in Kooperation mit den Bezirken Lichtenberg, Pankow und Tempelhof-Schöneberg realisiert. Es verfolgt das Ziel, die Diversity-Kompetenz der Verwaltungsmitarbeitenden im alltäglichen Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.

Der Senat bekämpft den Alltagsrassismus in Berlin auch durch das Paket von rund 50 Maßnahmen, das der Senat im „**Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung**“ beschlossen hat. Nach diesem Programm führt z.B. die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) bereits seit 2009 Schulungen zum Thema Diskriminierung und Umgang mit Vielfalt für alle Auszubildenden der Landespolizeischule durch. Außer-

dem werden in diesem Jahr zwei Diversity-Trainings für Führungskräfte, Führungskräftenachwuchs sowie weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verschiedener Organisationseinheiten der Polizei durchgeführt. Der Landesaktionsplan wird ebenfalls im Rahmen eines Aushandlungsprozesses zwischen Senat und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren weiter entwickelt und ergänzt.“

Der Berliner Senat unterstützt zudem den **Berliner Ratschlag für Demokratie**. Der Berliner Ratschlag für Demokratie ist ein Bündnis Berliner Persönlichkeiten, das für die Schlüsselbegriffe Demokratie, Vielfalt und Respekt als Merkmale der demokratischen Stadtkultur in Berlin bis in „die Mitte der Gesellschaft“ werben soll. Dem Ratschlag kommt die Aufgabe zu, in Form von Kampagnen, Veranstaltungen und sonstigen Aktionen eine Signalwirkung für ein demokratisches und vielfältiges Berlin zu initiieren. Der Berliner Ratschlag unterstützt Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus mit einer „Projektplattform“ und dem Wettbewerb „Respekt gewinnt!“. Ich selbst bin Mitglied im Berliner Ratschlag für Demokratie

2. Welche Initiativen und Projekte sind zur Thematisierung und zum Abbau des Alltagsrassismus in Berlin seitens öffentlicher Stellen geplant?

Zu 2.: Die Angebote von Diversity-Trainings der LADS mit dem Schwerpunkt Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft und Hautfarbe, die Maßnahme „Stärkung der Verwaltungen im Kontakt mit vielfältigen Bürgerinnen und Bürgern“ und den „Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“ habe ich bereits erwähnt.

Der Berliner Senat begrüßt zudem, dass der *Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen* eine ständige Arbeitsgruppe zu den Themen „Antirassismus, Antidiskriminierung und interkulturelle Öffnung“ eingerichtet hat. Der Vorsitz liegt bei einem Mitglied des Landesbeirats, das von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gewählt worden ist. Die Arbeitsgruppe hat sich mit verschiedenen Themen der Rassismusbekämpfung u.a. bei der Aus- und Fortbildung und im Vollzugsdienst der Polizei und im Bereich der Berliner Schulen auseinander gesetzt oder setzt sich damit auseinander. Die Ergebnisse und Vorschläge der Arbeitsgruppe werden im Plenum des *Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen* erörtert und ggf. beschlossen. Dabei sind alle Senatsressorts auf der Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Landesbeirat vertreten, so dass dessen Empfehlungen von allen Ressorts aufgegriffen werden können.

Berlin, den 17. September 2013

Dilek K o l a t

Senatorin für Arbeit,
Integration und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Sep. 2013)